

StOAR Idel trägt den Beschlussvorschlag des Fachausschusses vor.

RM Eggerichs bedankt sich als Vorsitzender des Finanz- und Wirtschaftsausschusses bei der Verwaltung, insbesondere bei den Mitarbeiter/-innen des Fachbereiches Finanzen, für die Vorlage des Haushaltes.

RM Just spricht sich im Namen der BfB/UWG-Gruppe gegen den vorgelegten Haushalt einschließlich Haushaltssicherungskonzept aus. Als Begründung führt er aus, dass der Haushaltsentwurf ein Fehl von 1,4 Mio. Euro vorsieht und selbst bei erhofften und möglichen Verbesserungen vermutlich ein strukturelles Minus von 500.000 bis 700.000 Euro übrig bleiben wird. Das Defizit von 2,1 Mio. Euro aus den letzten Jahren wird sich bis zum Ende dieses Jahres auf 2,5 bis 3 Mio. Euro erhöhen und laut der gegenwärtigen Planung werden rasant steigende langfristige Schulden von 12 Mio. Euro Ende 2011 auf fast 18 Mio. Euro in zwei Jahren hinzukommen. Bezug nehmend auf das Haushaltssicherungskonzept teilt RM Just mit, dass sich die Gruppe nicht grundsätzlich gegen die Überführung von Aufgaben in private Hände ausspricht, den angedachten Verkauf des Abwassernetzes jedoch für fahrlässig hält, da dieser mit großen, nicht kalkulierbaren Gebührenrisiken für die Bürger verbunden wäre. Daher spricht sich die Gruppe gegen die angedachten Vermögensverkäufe und die vorgesehenen Steuererhöhungen aus. Um auf die geplanten Steuererhöhungen von 400.000 Euro verzichten zu können, hat sie einen Alternativ-Antrag eingereicht, der Einsparziele für den Haushalt und das Haushaltssicherungskonzept mit einem Volumen von 600.000 bis 700.000 Euro beinhaltet.

RM Eggerichs erklärt, dass der Stadt Schortens im Jahr 2012 ca. 4,2 Mio. Euro fehlen werden und erläutert diese Summe, die sich aus dem Fehl im Ergebnishaushalt in Höhe von 1,4 Mio. Euro und die langfristige Kreditaufnahme in Höhe von 2,8 Mio. Euro ergibt. Anschließend geht er näher auf die zukünftige Haushaltsentwicklung ein. Aufgrund der geplanten Investitionssumme von 5,3 Mio. Euro könnte sich die vorgenannte Summe im Jahr 2013 auf 6,82 Mio. Euro belaufen. Im Jahr 2010 belief sich die Summe der Einnahmen ohne außerordentliche Erträge auf 24,54 Mio. Euro, die Summe der Ausgaben betrug 26,31 Mio. Euro. Im Vergleich dieser beiden Jahre sind die Einnahmen um 1,8 Mio. Euro gestiegen und die Ausgaben um 2,08 Mio. Zusammenfassend hält er fest, dass es der Stadt trotz guter Konjunktur sowohl jetzt als auch in den nächsten Jahren nicht gelingen wird, einen ausgeglichenen und somit genehmigungsfähigen Ergebnishaushalt vorzulegen. Er bestätigt, dass ein Ausgabeproblem besteht, dieses jedoch aufgrund der beschlossenen freiwilligen Leistungen (u. a. Drittkraft in Kindertagesstätten, Stadtmarketing, Verbesserung der Jugendförderung im Sportbereich, Kids-Card) mehrheitlich politisch gewollt ist.

Hinsichtlich des voraussichtlichen Haushaltsergebnisses gibt er zu bedenken, dass dieses mit einer Summe von 9000.000 Euro für Abschreibungen und Sonderposten aufgrund der gesetzlich vorgeschriebenen Einführung der Doppik beeinflusst wird. Anschließend geht RM Eggerichs auf das Ergebnis der Befragung zum Bürgerhaushalt ein. Da aufgrund der derzeitigen Haushaltssituation nicht ausreichend Mittel für die Finanzierung der freiwilligen Maßnahmen vorhanden sind und hierfür kurzfristig Mehreinnahmen erzielt werden müssen, schlägt die SPD-

Grüne-FDP-Gruppe eine moderate Erhöhung der Hunde-, Grund- und Gewerbesteuer (Realsteuern) vor.

Zum Investitionsprogramm 2012 bis 2014 führt RM Eggerichs aus, dass dieses in den nächsten Monaten hinsichtlich einer möglichen zeitlichen Streckung auf 5 Jahre überarbeitet werden soll, um die Investitionssumme zu verringern. Abschließend äußert er sich zum Haushaltssicherungskonzept und geht dabei näher auf die Entwicklung der Neuverschuldung sowie die Tilgungsziele bzw. -möglichkeiten – auch unter Berücksichtigung der Entwicklung der Schlüsselzuweisungen – ein.

BM Böhling weist auf die unzureichende finanzielle Unterstützung des Landes hin und erläutert kurz die Haushaltsentwicklung des vergangenen Jahres, in dem das ermittelte Haushaltsdefizit von ca. 2 Mio. Euro durch verbesserte Steuereinnahmen und sparsames Wirtschaften auf 600.000 Euro verringert werden konnte.

Anschließend geht BM Böhling auf die freiwilligen Leistungen der Stadt (u. a. Freizeitbad, Bürgerhaus, die freiwilligen sozialen Leistungen, Schulsozialarbeit) ein, für die im Haushalt eine Summe von ca. 3 Mio. Euro veranschlagt ist. Den derzeitigen Stand dieser Leistungen herunterzufahren beurteilt er als sehr schwierig. Bezug nehmend auf den Redebeitrag des RM Just teilt BM Böhling mit, dass gemäß Haushaltssicherungskonzept ein gewinnbringender Verkauf des Abwassernetzes zur Schuldentilgung sowie die Übernahme der Gas- und E-Netze zur Erzielung von Erträgen geprüft werden soll. Jedoch sei es derzeit völlig offen, ob ein Verkauf des Abwassernetzes erfolgt oder nicht. Eine Entscheidung hierüber obliegt dem Rat, der während der Beratung auch die Gebührenentwicklung für die Bürgerinnen und Bürger entsprechend berücksichtigen wird.

Abschließend teilt BM Böhling mit, dass sich der Schuldenstand in Schortens auf ca. 500,00 Euro pro Bürger/-in beläuft und diese Summe unter dem Landesdurchschnitt liegt.

Bezug nehmend auf den Redebeitrag des RM Eggerichs teilt RM Just mit, dass die in der Vergangenheit mit breiter Mehrheit beschlossenen Ausgaben von der BfB-Fraktion nicht mitgetragen wurden und die BfB/UWG-Gruppe auch weiterhin daran festhält, die Ausgaben den geringen Einnahmen anzupassen. Anschließend trägt RM Just die Anträge der Gruppe vor und begründet diese:

1. Abgabe der Jugendwerkstatt an den Kreis – geschätzte Einsparmöglichkeit 200.000 €

Begründung: Der Landkreis hat grundsätzliche Bereitschaft zur Übernahme der Jugendwerkstatt signalisiert. Ein entsprechendes Angebot sollte angenommen bzw. gefordert werden.

Die meisten Besucher der Jugendwerkstatt kommen nicht aus Schortens, sondern aus umliegenden Kommunen. Schon von daher ist die Jugendwerkstatt Kreissache. Sozialpädagogische Jugendarbeit ist aber auch allgemein Kreissache – auch für die Jugendlichen aus Schortens. Der Kreis soll den kommunalen Kostenanteil für die Jugendwerkstatt daher vollständig übernehmen.

2. Keine Bezahlung der Schulsozialarbeit durch die Stadt – Einsparmöglichkeit ca. 75.000 €

Begründung: Schulsozialarbeit ist Landessache. Die Stadt kann die Schulen dabei unterstützen, vom Land bezahlte Schulsozialarbeiter zu fordern. Kostenübernahme durch die Stadt verbietet sich angesichts defizitärer

Haushaltslage und erst Recht, wenn dafür wie ab 2012 vorgesehen die Steuern für die Bürger erhöht werden sollen.

**3. Verzicht auf Drittkräfte in Krippen – Einsparmöglichkeit
150.000 €**

Begründung: Wenn in den Krippen Drittkräfte erforderlich sind, ist die Kostenübernahme Sache des Landes. Die Stadt kann vom Land die Kostenübernahme für Drittkräfte fordern. Kostenübernahme durch die Stadt verbietet sich angesichts defizitärer Haushaltslage und erst Recht, wenn dafür wie ab 2012 vorgesehen die Steuern für die Bürger erhöht werden sollen.

4. Schrittweiser Übergang zu ehrenamtlicher Betreuung im Familienzentrum – geschätzte Einsparmöglichkeit 100.000 – 200.000 € jährlich

Die heute hauptamtliche Familienbetreuung im Pferdestall sollte schrittweise in ehrenamtliche Betreuung durch Vereine und Helfer überführt werden - mit dann nur noch hauptamtlicher Unterstützung als Gerüst.

Begründung: Die hauptamtliche Betreuung wird zu teuer und ist in diesem Umfang auch nicht erforderlich. Die Kosten des Jugend-/Familienzentrums liegen inzwischen bei jährlich 400.000 €. Das Interesse an Freizeitgestaltung im Jugendzentrum ist aber seit vielen Jahren rückläufig. Die wenigen Jugendlichen, die überhaupt noch ins JZ gehen (bundesweit 6%), suchen dort keine Betreuung, sondern Zeitvertreib. Hauptamtliche Betreuung ist selten erforderlich und kann bei Bedarf immer noch angefordert oder vermittelt werden. Das Familienzentrum sollte Vereinen und ehrenamtlichen Helfern übergeben werden - mit hauptamtlichen Beratern als Unterstützung.

5. Verzicht auf hauptamtliche Wiederbesetzung der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten – Ersparnis 45.000 €

Die meisten Kommunen in Friesland verzichten auf hauptamtliche Besetzung der Stelle einer Gleichstellungsbeauftragten. Soweit bekannt problemlos. Es gibt nirgendwo Bestrebungen, von neben- zu hauptamtlicher Besetzung überzugehen. Aufgrund der defizitären Haushaltslage sollte die Stadt Schortens die 2013 frei werdende Stelle entsprechend nur nebenamtlich wiederbesetzen.

6. Rückverlagerung des Stadtmarketings ins Rathaus – geschätzte Einsparmöglichkeit 50.000 €

Hauptaufgaben des Stadtmarketings sind Unternehmensansiedlung und Neubürgergewinnung. Beide Aufgaben werden am besten im Rathaus erledigt, weil interessierte Unternehmer und Neubürger von sich aus zuerst das Rathaus ansteuern und weil die einzubeziehenden Fachabteilungen und Stellen (Bauamt, Kämmerei, Bürgermeister usw.) im Rathaus untergebracht sind. Auch für Touristen wäre ein I-Punkt im Rathaus oder Bürgerhaus als Anlaufstelle repräsentativer untergebracht als in der jetzigen, versteckt und zurück liegenden Einfamilienhausgarage.

RM Just teilt abschließend mit, dass das Einsparvolumen der Vorschläge 600.000 – 700.000 € beträgt und damit auf die geplanten Steuererhöhungen mit einem Volumen von 400.000 € komplett verzichtet werden kann.

RM Schwitters ist nach intensiven Überlegungen zu der Überzeugung gelangt, dass eine Steuererhöhung in den nächsten Jahren unumgänglich ist. Ergänzend führt sie

aus, dass sich die Hebesätze (Realsteuer und Hundesteuer) der Stadt Schortens im Vergleich zu anderen Städten und Gemeinden des Landkreises im unteren Drittel befinden und laut Auskunft der Verwaltung das Thema Steuern nie ein Hinderungsgrund für private und gewerbliche Bauwillige in Schortens darstellte. Die freiwilligen Leistungen der Stadt - u. a. die Drittkräfte in Krippen und die Schulsozialarbeit - hält sie für erforderlich und sinnvoll. Auch wenn die Stadt Schortens für diese Leistung nicht zuständig ist und hierfür keine Landesmittel fließen werden, müsse es aus ihrer Sicht versucht werden, alle freiwilligen Angebote im sozialen und kulturellen Bereich, die ein Qualitätsmerkmal der Stadt sind und sie lebenswert machen, zu erhalten. Da hierfür der Einsatz von Steuermitteln erforderlich wird, unterstützt sie die vorgesehene moderate Erhöhung der Hebesätze.

RM Homfeldt teilt mit, dass die CDU-Fraktion dem vorgelegten Haushaltsentwurf aufgrund der Kürzung des Marketing-Etats, der Streichung der Familienförderung und der Steuererhöhungen nicht zustimmen kann. Er führt ergänzend aus, dass diese drei Punkte vieles von dem in Frage stellen, was in den letzten Jahren vom Rat beschlossen wurde. Die bisher verfolgten Ziele, mehr Bürger und mehr Unternehmen für die Stadt zu gewinnen, werden aus Sicht der CDU-Fraktion durch diesen Haushaltsentwurf aus dem Fokus genommen.

Da der Stadt im letzten Jahr das Prädikat „staatlicher anerkannter Erholungsort“ verliehen wurde, hält seine Fraktion es für besonders wichtig, das touristische Marketing und die Werbung um neue Bürger und neue Unternehmen zukünftig noch intensiver zu betreiben. Die Kürzung des Marketing-Etats hält sie daher für falsch. Aus Sicht seiner Fraktion liegt ein Widerspruch darin, die Steuern zu erhöhen und gleichzeitig die Gewerbetreibenden um höhere Sponsorengelder zu bitten. RM Homfeldt regt in diesem Zusammenhang an, die umfangreiche Aufgabenstruktur des Stadtmarketings in diesem Jahr zu hinterfragen.

Die Streichung der Familienförderung erachtet die CDU-Fraktion für ein grundsätzlich falsches Signal. Vielmehr sollte diese als intensives Werbemittel für die Gewinnung neuer Bürgerinnen und Bürger genutzt werden.

Um eine Verbesserung der Finanzsituation zu erlangen, sieht er es als erforderlich an, die beiden Kernprobleme in den Griff zu bekommen, und zwar durch eine stabile bzw. steigende Einwohnerzahl und höhere Steuereinnahmen. Die Erhöhung von Steuersätzen hält die CDU-Fraktion jedoch für falsch. Zum einen sieht sie zahlreiche, bisher nicht genutzte Einsparpotenziale und zum anderen sollte die Finanzsituation durch Mehreinnahmen durch die Steigerung der Anzahl der Steuerzahler/-innen verbessert werden. Er gibt zu bedenken, dass neben der guten Konjunktur, den erhöhten Zuweisungen und den erhöhten Steuereinnahmen auch die gemeinsam formulierten 50 Einzelziele im Haushalt wesentlich zu dem guten Ergebnis im vergangenen Jahr beigetragen haben. Beispielhaft führt er den gesunkenen Zuschussbedarf des Bürgerhauses, die Vermarktung stadteigener Immobilien und Grundstücke und die Reduzierung der Kosten für die Spielplatzunterhaltung an. Diese positive Entwicklung habe im Vergleich zu den geplanten Steuererhöhungen kaum jemanden negativ berührt. Seiner Fraktion ist es daher wichtig, diesen Weg konsequent fortzuführen und eine heterogene Wirtschaftslandschaft zu haben, die sowohl den großen Unternehmen als auch den kleineren Handwerksbetrieben, Einzelhändlern und Dienstleistern gerecht wird. Gleiches gelte auch für die Erhöhung der Grundsteuern, welche sowohl die Unternehmen als auch jeden Mieter in dieser Stadt treffen wird.

RM Borkenstein erklärt, dass sich eine Erhöhung der Grundsteuer mit einem Betrag von höchstens 10,00 bis 25,00 Euro pro Jahr auswirken wird und sich bei einer Umlegung ein relativ geringer Betrag ergeben würde. In diesem Zusammenhang verweist er auf die zahlreichen Standortvorteile der Stadt Schortens wie z. B. Anzahl der Plätze in Kindertagesstätten und Ganztagsgrundschulen mit Mittagsangebot. Im Anschluss führt RM Borkenstein Maßnahmen auf, deren Durchführung bereits mehrfach zurückgestellt wurde und nunmehr zwingend in diesem Jahr durchzuführen sind (u. a. Windfang Kindertagesstätte Roffhausen, Energetische Sanierung Turnhallen Glarum und Roffhausen, Ersatz der abgängigen Küche in der Kindertagesstätte Oestringfelde). Die SPD-Grüne-FDP-Gruppe hat nach Lösungen für die erforderliche Finanzierung gesucht und schlägt daher eine Erhöhung der Steuern und die genannten Kürzungen vor.

Bezug nehmend auf die Sparvorschläge der BfB/UWG-Gruppe teilt RM Riemer, Vorsitzende des Schul-, Jugend- und Sozialausschusses, mit, dass die Stadt Schortens über ein in Friesland einmaliges Kinderbetreuungskonzept verfügt, das auch weiterhin fortbestehen soll. Bei der Schulsozialarbeit kann aus ihrer Sicht in keinem Fall eingespart werden, da diese Mitarbeiter/-innen die Konfliktvermeidung und die gewaltfreie Konfliktlösung sowie Deeskalationen an den Schulen fördern und vernünftigen Unterricht erst möglich machen. Auch sei die vorherrschende Ruhe an den Schulen sowie das ruhige Verhalten der Kinder in ihrer Freizeit im großen Maße diesen Mitarbeiter/-innen zu verdanken. Ein Streichen ist aus ihrer Sicht daher unmöglich.

Auch die Drittkräfte in den Krippen hält sie für unverzichtbar, da zwei Krippenkräfte nicht ausreichen, zumal sogar mehr Kräfte empfohlen werden. Sie gibt zu bedenken, dass bei kleinen Kindern ein höherer Betreuungs- und Pflegebedarf besteht und sich die Stadt Schortens mit den Drittkräften keinen Luxus gönnt. Die SPD-Grüne-FDP-Gruppe wird aus diesen vorgenannten Gründen den Sparvorschlägen der BfB/UWG-Gruppe nicht zustimmen.

RM Prof. Dr. Appel ist erschüttert darüber, dass im Rat seit zwei Jahren Konsens besteht zu sparen, es jedoch gleichzeitig politischer Wille ist, weiterhin soziale Vorhaben zu betreiben und dafür Schulden zu machen. Er hält es für ein Unding, mit angeblich sozialen Errungenschaften zu prahlen, gleichzeitig aber die Steuern zu erhöhen und damit immer mehr Mitbürger/-innen in eine finanzielle Bedrängnis zu bringen. Er gibt zu bedenken, dass es immer mehr Menschen schwer fällt, ihre Energie noch zu bezahlen. In diesem Zusammenhang weist er auf eine Förderung durch die Stadt an eine Familie zum Ausgleich der Energiekosten gemäß letzter VA-Niederschrift hin. Einsparungen können aus seiner Sicht nur durch Reduzierung der freiwilligen Leistungen erzielt werden. Um diese jedoch gering zu halten sieht er es als sinnvoll an, hierfür um mehr ehrenamtliche Kräfte zu werben.

BM Böhling erklärt, dass Äußerungen über die Auszahlung von Fördergeldern durch die Stadt an Dritte grundsätzlich nur im nicht öffentlichen Teil von Sitzungen erfolgen dürfen. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass die Stadt jährlich von der Bundeswehr eine zweckgebundene Geldspende für in Not geratene Bürgerinnen und Bürger erhält und die vom Ratsmitglied Prof. Dr. Appel angesprochene Förderung nicht aus Steuergeldern finanziert wurde.

RM Eggerichs weist darauf hin, dass der Vorschlag zur Streichung der Familienförderung aufgrund des Ergebnisses des Bürgerhaushaltes entstanden ist, der als Hilfe bei der Entscheidung über Einsparungen dienen soll.

RM Kindo erklärt, dass ein kranker Haushalt lediglich durch Ausgabeneinsparung oder Einnahmeverbesserungen geheilt werden kann und dies mit dem vorgelegten Haushaltplan schon recht gut gelungen ist. Die vorgeschlagene Steuererhöhung findet daher ihre Unterstützung. Einen wichtigen Grund der Haushaltsprobleme sieht sie in der stetigen Übertragung von Aufgaben durch Bund und Land an die Kommunen ohne gleichzeitige Bereitstellung von finanziellen Mitteln. Daher hält sie es für sehr wichtig, beim Bund und Land eine den Aufgaben entsprechende Bereitstellung von finanziellen Mittel einzufordern.

RM Labeschautzki unterstützt den Vorschlag des RM Homfeldt, die Aufgaben der Marketing-Abteilung hinsichtlich des Umfanges zu überprüfen. Zur Kürzung des Marketing-Etats für die Durchführung von Veranstaltungen führt er aus, dass in einer engeren Zusammenarbeit des Stadtmarketings mit dem TGM bzw. den Gewerbetreibenden Möglichkeiten gesehen werden, neue Finanzgeber und Sponsoren sowie neue Ideen für die Ausrichtung der Veranstaltungen zu gewinnen, um diese zukünftig noch kreativer gestalten zu können. Bezug nehmend auf den Antrag der BfB/UWG-Gruppe auf Rückverlagerung des Stadtmarketings ins Rathaus weist er darauf hin, dass eine Entscheidung hierüber gemäß den gesetzlichen Bestimmungen in den Zuständigkeitsbereich (Organisationshoheit) des Bürgermeisters fällt und daher im Rat hierüber keine Entscheidung getroffen werden kann.

RM Freygang beantragt im Namen der CDU-Fraktion, die im Haushaltsjahr 2011 nicht erreichten festgelegten Ziele konsequent in den Haushalt 2012 zu übernehmen.

RM Köhn hält eine Kürzung der freiwilligen Leistungen für erforderlich, um die finanzielle Situation der Stadt zu verbessern.

RM Thiesing stellt fest, dass sich der Haushalt der Stadt trotz der zwei zurückliegenden massiven Wirtschaftskrisen in den vergangenen Jahren sehr gut entwickelt hat und verweist in diesem Zusammenhang auf die getätigten Investitionen (u. a. Ausweisung von Gewerbegebieten, Ankauf von Flächen für weitere Entwicklungen), die sich erst in der Zukunft auszahlen werden.

RM Borkenstein teilt mit, dass auch die SPD-Grüne-FDP-Gruppe eine Veränderung in der Trägerschaft der Jugendwerkstatt für unumgänglich hält, diese Angelegenheit jedoch mit Blick auf die dort beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die dort betreuten Jugendlichen mit der erforderlichen Seriosität behandelt werden sollte. Die Gruppe wird dem Antrag der BfB/UWG-Gruppe zur Abgabe der Jugendwerkstatt an den Landkreis daher nicht zustimmen.

Auch einem schrittweisen Übergang zu einer ehrenamtlichen Betreuung im Jugendzentrum Pferdestall wird die Gruppe nicht zustimmen, da sie ein offenes Jugendhaus als präventive Maßnahme in der heutigen Zeit, insbesondere auch zur Vorbeugung von Jugendkriminalität, Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit, als wichtig ansieht. Mit Blick auf die demografische Entwicklung hält die Gruppe die Weiterentwicklung zu einem Zentrum für Familien und Senioren für den richtigen Schritt.

Bezug nehmend auf den Redebeitrag des RM Labeschautzki weist RM Vehoff den gewonnenen Eindruck, die Gewerbetreibenden würden sich zu wenig an den Veranstaltungen beteiligen, zurück. Er verweist auf die in den vergangenen Jahren erfolgte Veränderung der Struktur des Handels und des Gewerbes, die zu einer

Erhöhung von Filialen geführt hat. Dieses hat auch zur Folge, dass Entscheidungen oft nicht mehr vor Ort getroffen werden können. Eine Unterstützung kann sich aus seiner Sicht nicht nur auf finanzielle Belange beziehen, vielmehr müssen auch andere Kosten - wie z. B. Werbekosten - Berücksichtigung finden. Er sieht einen Widerspruch darin, die Steuern für die Gewerbetreibenden zu erhöhen und gleichzeitig höhere Sponsorengelder einzufordern.

Es folgen weitere Redebeiträge der Ratsmitglieder Zabel und Labeschautzki sowie des Bürgermeisters.

Zum Antrag der BfB/UWG-Gruppe auf Verzicht der Drittkräfte in Krippen teilt RM Just mit, dass seine Gruppe nicht die Abschaffung dieser Kräfte, sondern eine Kostenübernahme durch das Land beantragt. Zur Verdeutlichung ändert er die Formulierung dieses Antrages wie folgt:

„Keine Bezahlung von Drittkräften in den Krippen durch die Stadt.“